

Münsteraner Erklärung des Deutschlandtages

Beschluss des Deutschlandtages der Junge Union
in Münster vom 16. bis 18. Oktober 2009

Mit ihrem Votum für eine bürgerliche Reformmehrheit haben die Bürger am 27. September 2009 ein klares Zeichen gegen die Fortführung der Großen Koalition gesetzt. Die SPD wurde für ihre Blockadepolitik und ihre Unglaubwürdigkeit im Umgang mit der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ abgestraft. Während die Sozialdemokraten nach elf Jahren inhaltlich und personell ausgezehrt sind und ihre tiefgreifenden Richtungskämpfe fortsetzen, gilt für die Unionsparteien, den großen Erwartungen der Bevölkerung an die neue Bundesregierung gerecht zu werden.

Die Aufgaben, die vor der kommenden Koalition aus CDU, CSU und FDP stehen, sind gewaltig. Das aktuelle Haushaltsdefizit mahnt alle Beteiligten zu einem massiven Kurswechsel in der Ausgabenpolitik. Hier bestehen Herausforderungen, die nur durch das entschlossene Handeln einer bürgerlichen Regierung zu bewältigen sind. Jene Konsenspolitik, die in den Jahren der Großen Koalition zur Konfliktvermeidung maßgeblich Einzug gehalten hat, muss zugunsten des Prinzips der Generationengerechtigkeit beendet werden.

In Zukunft muss die Union ihren Anspruch, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der christlichen Werte, des wertebundenen Fortschritts und der zukunftsfesten Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu sein, wieder stärker herausstellen. Dazu gehören klare Positionen etwa bei der Familienförderung, beim Schutz des Lebens oder bei der Akzentuierung unserer freiheitlich-demokratischen Leitkultur. Als starke Stimme der jungen Generation wird die Junge Union ihre Überzeugungen und Interessen selbstbewusst in innerparteiliche Debatten einbringen.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist für uns von entscheidender Bedeutung. Es bezieht sich nicht nur auf finanzielle und ökologische Fragen, sondern kommt auch im Einsatz für ein beständiges und verlässliches Wertesystem, ein leistungsgerechtes Bildungssystem und den Schutz von Ehe und Familie zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den künftigen linken Oppositionsparteien, die bereits jetzt ihre inhaltliche Profillosigkeit mit Drohungen zu verdecken suchen, hat sich die Politik der Unionsparteien immer am langfristigen Wohl des Landes und weniger an ideologisch-festgefühten Denkmustern orientiert.

Die bürgerliche Regierung hat die Chance, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und neue Wachstumsimpulse für Deutschland zu setzen. Es gilt, das Verhältnis von Staat und Bürgern neu auszutarieren, um dem Einzelnen mehr Freiheit, mehr Verantwortung und mehr Leistungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Insbesondere junge Familien müssen mehr finanzielle und ideelle Unterstützung erhalten. Das Steuersystem muss vereinfacht, die Förderung von Bildung und Forschung verbessert werden. Umfassende Veränderungen bei den Systemen der Sozialen Sicherung sind angesichts des demografischen Wandels dringend notwendig, um die Belastungen der jungen Generationen nicht weiter zu vergrößern. Die Einführung

der Rente mit 67 durch die Große Koalition war hierbei ein wichtiger Schritt. Daran muss die neue unionsgeführte Bundesregierung anknüpfen. Für die kommende Legislaturperiode hat die Junge Union ihre Forderungen formuliert, damit im Aufbruch zu einer neuen Bundesregierung gute Bedingungen für junge Menschen geschaffen werden, um ihre Zukunft in Freiheit und Verantwortung zu gestalten.

Arbeitsmarktpolitik

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenzahl in den vergangenen Jahren darf sich ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland nicht mit einer Arbeitslosenquote von aktuell acht Prozent abfinden. Insbesondere junge Menschen leiden unter fehlenden Jobaussichten. Gute Leistungen in Ausbildung und Studium müssen auch mit einer Chance auf Arbeitsplätze honoriert werden. Es bleibt zwar dabei, dass die Politik selbst keine Jobs schaffen kann. Sie verfügt aber über ausreichende Instrumente, um positive Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen. In diesem Zusammenhang plädieren wir für folgende Maßnahmen:

- Betriebliche Bündnisse für Arbeit rechtlich absichern
- Optionsmodell mit gesetzlich geregelten Abfindungen beim Kündigungsschutz
- Zuverdienstregeln beim ALG II großzügiger gestalten, mittelfristig solidarisches Bürgergeldmodell verwirklichen
- Deutlich höheres Schonvermögen für Altersvorsorge bei Bezug von ALG II
- Bundesagentur von Grund auf reformieren (Versicherungsleistungen erhalten, Strukturen in Frage stellen); Arbeitsvermittlung kommunalisieren
- Abgabenlast bis zum Ende der Legislaturperiode dauerhaft unter 40 Prozent bringen
- Vereinfachung des Arbeitsrechts durch ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch

Steuerpolitik – einfacher, niedriger, gerechter

Jede Steuerpolitik muss sich daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zum langfristigen Wirtschaftswachstum erbringt und damit Beschäftigung und Wohlstand fördert. Nach dem Regierungswechsel kommt es jetzt darauf an, endlich mehr Gerechtigkeit für die Mittelschicht in unserem Land zu erreichen. Wir dürfen nicht jenen Teil unserer Gesellschaft immer stärker belasten, der am meisten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Deshalb fordern wir:

- Steuerpolitik als Teil einer Wachstumsstrategie gestalten
- Bierdeckelmodell nach Merz: Beschluss des Leipziger Parteitages der CDU bei der Einkommensteuer (12, 24, 36 Prozent) verwirklichen

- Drastische Vereinfachung des Steuerrechts und ein Ende der kalten Progression verwirklichen
- Unternehmenssteuer praxisgerecht verbessern, krisenfest gestalten und investitionsfördernd ausrichten (Revision gewinnunabhängiger Steuertatbestände, Glättung der Zinsschranke, verbesserte Pauschalierungsregeln bei geringwertigen Wirtschaftsgütern, dauerhafte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung)
- Erbschaftsteuer abschaffen, Bundesländern die Möglichkeit der Einführung einer regionalen Erbschaftsteuer zur Kompensation von Einnahmeverlusten eröffnen
- Reform der Mehrwertsteuer mit einem ermäßigten Satz für Familienprodukte, Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, arbeitsintensive Dienstleistungen und das Hotel- und Gaststättengewerbe
- Tankkarte für Einwohner grenznaher Regionen einführen, um Tanktourismus und Steuerabfluss zu bekämpfen

Staatshaushalt

Die über Jahrzehnte angehäuften und stetig gewachsenen Staatsschulden bedrohen die Zukunftsperspektiven der jungen Generation. Seit langem lebt der Staat über seine Verhältnisse. In den kommenden Legislaturperioden muss daher strenger als bisher darauf geachtet werden, dass das Geld der Steuerzahler ausschließlich für notwendige Ausgaben verwendet wird. Um dieses Umdenken in der Finanzpolitik zu ermöglichen, fordern wir:

- Die Schuldenbremse muss konsequent umgesetzt werden, am Ziel eines ausgeglichen Bundeshaushaltes ist festzuhalten
- Entschuldungsgebot einführen, Konsolidierungs- und Entschuldungsplan erarbeiten für nachhaltige Staatshaushalte
- Staatliche Aufgabenkritik und regelmäßige Überprüfung von Staatsausgaben
- Regelmäßige Überprüfung von Subventionen und Abschaffung bzw. Umschichtung von Subventionen in Bereichen ohne Zukunftsperspektive
- Reform des Länderfinanzausgleiches und des kommunalen Finanzausgleiches für eine echte Steuer- und Finanzautonomie der Länder und Kommunen zur Verwirklichung des Konnexitätsprinzips und von mehr Wettbewerb zwischen den Ländern
- Reform der Kommunalsteuern mit Abschaffung der Gewerbesteuer und Hebesatzrecht für Kommunen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer

Staatliches Handeln

In unserer Sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat den Ordnungsrahmen für unternehmerisches Handeln. Die Wirtschaft darf aber nicht durch bürokratische Regelungen gehemmt werden. Es gilt daher, umzusteuern und Blockaden aufzuheben. Konkret fordern wir:

- Eindämmung der Gesetzes- und Regelungsflut durch Befristung der meisten Rechtsvorschriften auf 5 Jahre und eine Überprüfung des gesamten Normenbestandes
- Überarbeitung der Gesetzestexte zur Verbesserung der Verständlichkeit und Konsolidierung der Regelungen in wichtigen Bereichen (Umweltgesetzbuch etc.)
- Entschlackung zahlreicher Gesetze und Verfahren, die Wachstum hemmen und Bürokratie fördern (Bundesnaturschutzgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, Baugesetzbuch etc.)
- Überprüfung von Genehmigungsvorbehalten und Ersatz durch Anzeigepflichten soweit möglich
- Prüfung und Verringerung der Staatsaufgaben mit dem Ziel, diese auf die hoheitlichen Kernaufgaben zu beschränken; Prinzipien der Subsidiarität und der Konnexität bei der Verteilung von Staatsaufgaben auf die staatlichen Ebenen beachten
- Keine Verbotsgesellschaft: Auf Paintballverbot, Computerspielverbote und öffentliches Alkoholverbot verzichten
- Der Aufbau Ost bleibt eine wichtige Aufgabe, die in einer besonderen Zuständigkeit im Bundeskabinett sichtbar sein muss
- Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union nur noch eins-zu-eins, ohne nationale Sonderregeln, die zu Wettbewerbsnachteilen führen

Soziale Sicherung

Der demografische Wandel stellt die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Diese Tatsache ist seit vielen Jahren bekannt und muss stärker als bisher im Zentrum jeder sozialpolitischen Debatte stehen. Wir können das hohe qualitative und quantitative Niveau unserer Sozialsysteme nur aufrechterhalten, wenn das Prinzip der Nachhaltigkeit umfassend Berücksichtigung findet. Dem Finanzierungsmodell, das auf Beiträgen von Beschäftigten und ihren Arbeitgebern basiert, wird durch die Alterung der Gesellschaft und der dadurch zu erwartenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stetig die Grundlage entzogen. Deshalb plädieren wir dafür:

- Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit als durchgängige Prinzipien bei der Reform der Sozialen Sicherung verankern
- Ziel der Entkoppelung der Finanzierung der sozialen Sicherung von den Arbeitskosten verfolgen
- Deckelung des Rentenbeitragsniveaus auf 20 Prozent, Verwirklichung des Nachholfaktors
- Kindererziehungs- und Pflegezeiten bei der Rente stärker berücksichtigen

- Wirkungsgleiche Übertragung der vergangenen Rentenreformen auf die Beamtenversorgung realisieren
- Erweiterung der Zuverdienstregelungen für Rentner durch großzügigere Regeln
- Sozialwahlen abschaffen und Verwaltungsräte der Sozialversicherungsträger stärken

Gesundheit und Pflege

Nicht die Systemdiskussion ist das entscheidende bei der sozialen Sicherung, sondern die Verwirklichung der Generationengerechtigkeit. Wer diese Maßgabe ernst nimmt, kann mit dem Ist-Zustand des Gesundheits- und Pflegesystems nicht zufrieden sein. Trotz zahlreicher Neuregelungen ist es bislang nicht gelungen, die finanzielle Zukunftsfähigkeit für kommende Generationen sicherzustellen. Für einen Neuanfang im Gesundheits- und Pflegesektor benötigen wir:

- Wegfall der Versicherungspflichtgrenze, Pflicht zur Krankenversicherung
- Umwandlung der GKV in privatrechtliche Gesellschaften für freien Wettbewerb in einem offenen Versicherungsmarkt
- Portable Altersrückstellungen für alle Versicherten
- Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen
- Leistungskatalog der Pflichtleistungen von Krankenversicherungen als Grundversorgung definieren
- Vertragsfreiheit zwischen Kassen und Leistungserbringern sowie Kassen und Versicherten gewährleisten
- Umstieg auf eine private Pflegeversicherung im Auslaufmodell mit Absicherung der erworbenen Versicherungsansprüche Älterer
- Pflicht zur Pflegeversicherung und individuelle, portable Altersrückstellungen auch in der Pflegeversicherung
- Sozialer Ausgleich in der Privaten Pflegeversicherung über das Steuersystem

Finanzmärkte und Unternehmensführung

Eine freiheitliche Politik für Wohlstand und Sicherheit erschöpft sich nicht im Zurückdrängen des Staates. Die Finanzwirtschaft hat in jüngster Vergangenheit deutlich vor Augen geführt, dass die Soziale Marktwirtschaft auch durch zu große Freiräume und ihre verantwortungslose Nutzung gefährdet wird. Hier sind entschlossene Maßnahmen zur Regulierung und zur dauerhaften Überwachung notwendig. Darüber hinaus müssen auch außerhalb des Marktmechanismus – von der Politik – Anreize für verantwortungsvolles Handeln gesetzt und die Dynamik des Marktgeschehens gebremst werden, damit sich eine vergleichbare Krise nicht wiederholen kann. Daher fordern wir:

- Stärkung der EZB in der Bankenaufsicht, europäische Finanzmarktaufsicht einführen; Stärkung der Bundesbank bei der Finanzaufsicht in Deutschland
- Weltweit einheitliche Eigenkapitalvorschriften für Banken durchsetzen
- Reform und Regulierung von Rating-Agenturen mit Trennung von Bewertung und Beratung sowie Aufbau einer europäischen Rating-Agentur
- Stärkung der Schwellenländer im IWF und Konsolidierung der europäischen Stimmrechte in einer Stimmrechtsgruppe des Euroraumes
- Moderate internationale Kapitaltransaktionssteuer anstreben
- Europäischen Binnenmarkt funktionsfähig halten
- Regelungen zur Managerhaftung verschärfen und Haftung von Aufsichtsräten einführen, um das Prinzip der Verantwortung zu stärken
- Modernisierung des Aktienrechts (Verhältnis Vorstand und Aufsichtsrat, Entscheidungskompetenzen des Aufsichtsrats und seiner Gremien)
- Rascher Rückzug des Staates aus den Beteiligungen und den Aufgaben im Bankensektor

Sicherheitspolitik

Der Staat ist verpflichtet, seinen Bürgern ein Höchstmaß an innerer und äußerer Sicherheit zu garantieren. Gerade für ein demokratisches Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist eine konsequente Sicherheitspolitik unerlässlich. Freiheit ist ein kostbares Gut, das es mehr als jeder andere Wert verdient, verteidigt zu werden. Sicherheitsbehörden müssen sich in einem Umfeld bewähren, dass von global operierenden islamistischen Terroristen bis zur organisierten Kriminalität reicht. Um Freiheit und Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten, fordern wir:

- Dienstplicht für Männer in einem integrierten Sicherheitskonzept einführen
- Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglichen (Heimatschutz, ABC-Abwehr)
- Zusammenführung von Katastrophen- und Zivilschutz
- Ausrüstungsoffensive für die Bundeswehr mit Blick auf die Kapazitäten im Auslandseinsatz
- Ausbau von Europol und seiner operativen Kapazitäten
- Anwendung des allgemeinen Strafrechts bei 18- bis 21-Jährigen als Regel, Heraufsetzung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht von 10 auf 15 Jahre
- Gemeinsames Analyse- und Lagezentrum von Polizei und Nachrichtendiensten zur Terrorbekämpfung aufbauen
- Europäische Koordinierungsstelle der Geheimdienste mit dem Ziel der Schaffung eines europäischen Auslandsnachrichtendienstes

Energiepolitik

Die Energiepolitik unserer Wirtschaftsnation darf nicht länger durch ideologische Zwänge bestimmt werden. Die durch Kurzsichtigkeit hervorgerufene Importabhängigkeit gefährdet den Standort Deutschland und macht Energie für immer größere Teile der Bevölkerung unbezahlbar. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht daher eine Besinnung auf die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit. Deshalb fordern wir:

- Bündelung der Energiepolitik in einem Ministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie
- Erarbeitung eines nationalen Energieplans unter den Prämissen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit
- Ausstieg aus dem Ausstieg: Laufzeitverlängerung für deutsche KKW unverzüglich beschließen, Moratorium zur Erkundung von Gorleben aufheben, sicheres Endlager für Nuklearabfälle in Deutschland schaffen und nukleares Recycling wieder aufnehmen
- die Gewinne der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke müssen den Stromkunden in Form sinkender Preise zu Gute kommen
- verstärkte Anstrengungen in der Fusionsforschung als Zukunftstechnologie
- auch im Energiebereich darf es keine überzogenen Regulierungen geben; die Bundesregierung soll sich für die Rücknahme des Glühbirnenverbotes durch die EU einsetzen
- Ausweisung der Kosten für „Erneuerbare Energien“ im Subventionsbericht der Bundesregierung analog der früheren Regelung beim so genannten „Kohlepfennig“
- Umbau der Förderung Erneuerbarer Energien nach Kosten- und Effizienzgesichtspunkten
- Verwendung der Erlöse aus der Versteigerung von CO₂-Emissionszertifikaten für Maßnahmen der Klimapolitik und zur Anpassung an den Klimawandel
- genaue Kosten-/Nutzenrechnung bei Erneuerbaren Energien hinsichtlich Landschaftsverbrauch, Konkurrenz zu Nahrungsmitteln, gravierenden Natureingriffen wie Erwärmung der Meere und des Bodens durch Stromkabel oder Vogeltod durch Windräder

Landwirtschaft

Um den Agrarstandort Deutschland zu erhalten, ist eine verlässliche Politik notwendig, die den Bauern konkurrenzfähige Wettbewerbsbedingungen sichert und damit Investitionen und Innovationen ermöglicht. Insbesondere die momentane Milchpreiskrise stellt viele landwirtschaftliche Betriebe vor enorme Probleme. Für die sichere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln müssen den Landwirten in der europäischen Agrarpolitik langfristige Perspektiven aufgezeigt werden, die ihren vielfältigen Aufgaben bei der Erhaltung unserer Kulturlandschaft und des ländlichen Raums gerecht werden. Deshalb fordern wir für den Fortbestand der bäuerlichen Landwirtschaft:

- Gleiche Wettbewerbsbedingungen beim Agrardiesel in Europa
- Schaffung einer steuerlichen Rücklage zum Risikoausgleich für Landwirte
- Unterstützung der Milchbauern in der aktuellen Preiskrise durch die Bundesregierung auf europäischer Ebene, damit die bestehenden Möglichkeiten der EU-Marktordnung angewandt werden (Verfütterungsbeihilfen, Intervention, Erstattungen und Beihilfen)
- Die Vereinfachung der Übertragung von Milchquoten zwischen landwirtschaftlichen Betrieben
- kurzfristige Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung, insbesondere das Vorziehen der Auszahlung von EU-Beihilfen
- Haftungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Koexistenz von konventionellem und gentechnisch verändertem Pflanzenbau schaffen
- Toleranzregeln für den Anteil gentechnisch veränderter Organismen in Saatgut und importiertem Eiweißfutter festlegen

Bildung und Forschung

Deutschland ist weltweit bekannt für seine Dichter und Denker, für Innovationen und Erfindungen. Doch andere Länder machen der Bundesrepublik längst den Rang als Fortschrittsmotor streitig. Nur mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung wird es möglich sein, in einer globalisierten Wirtschaft Anschluss zu halten und unseren Wohlstand zu sichern. Unser Anspruch ist, dass sich das deutsche Bildungssystem künftig wieder mit der Weltspitze messen kann. Um dies zu erreichen, fordern wir:

- Gezielte Sprachförderung bereits in Kindergärten, Stärkung der frühkindlichen Bildung und bessere Verflechtung von Lehrinhalten der Kindergärten und Grundschulen
- Vielfalt der Förderung im mehrgliedrigen Schulsystem, Kampf gegen Einheitsschule und Gleichmacherei
- Mehr politische Bildung im Schulunterricht zur Prävention von Extremismus, verstärkte Aufklärung über die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, den Nationalsozialismus und das DDR-Unrechtsregime sowie obligatorische Gedenkstättenbesuche
- Einführung eines bundesweiten Stipendiensystems; die Wirtschaft ist gefordert, hier Mitverantwortung zu übernehmen
- Höhere Durchlässigkeit des sekundären und tertiären Ausbildungssystems, Verbreiterung von Studienmöglichkeiten aus Ausbildungslaufbahnen und Berufspraxis
- Bologna-Prozess zur Angleichung der Hochschulabschlüsse in Europa überprüfen
- An Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und dem Pakt für Forschung und Innovation festhalten und sie weiter ausbauen

- Forschungsförderung mit dem Instrument von Forschungsgutscheinen für kleine und mittlere Unternehmen mittelstandsfreundlicher gestalten
- Rahmenbedingungen für Spitzenforschung in Deutschland attraktiver machen, um deutsche Forscher im Ausland wiederzugewinnen und ausländische Spitzenkräfte nach Deutschland zu holen

Neue Medien, TV und Film

Das Internet und seine Entwicklung haben die Kommunikation, die Mediennutzung und die Medienlandschaft revolutioniert. Diese Entwicklung, die zahlreiche Freiräume geschaffen hat und dem einzelnen noch vor wenigen Jahren undenkbare Möglichkeiten gibt, konnte nur in Freiheit und Selbstorganisation stattfinden. Dies muss immer im Blick bleiben, wenn Missbrauch und Fehlentwicklungen begegnet werden soll. Es gilt auch hier, zurückhaltend zu regeln, Verbote zu vermeiden sowie Freiheit und Fairness zu erhalten. Der deutsche Film hat in den vergangenen Jahren erheblich an Substanz und Attraktivität gewonnen. Die Filmbranche erkennt die Leistungen der Union im Bereich der Filmpolitik an, gerade auch die Einführung des Deutschen Filmförderfonds. Um die dynamische Entwicklung des Internet, der Medien und der Filmlandschaft weiter zu unterstützen, fordern wir:

- Medienkompetenz von Eltern und Lehrern gezielt ausbauen
- Bei illegalen Inhalten im Internet muss Löschen vor Sperren gelten: Wir begrüßen die Internetsperren bei Kinderpornographie; sie dürfen jedoch nicht auf andere Bereiche ausgeweitet werden
- Faire Regeln beim Urheberrecht im Internet finden, um geistiges Eigentum zu schützen und kreative Neuerungen nicht zu bremsen; kein gesondertes Leistungsschutzrecht für Verlage im Internet
- Prinzip der Netzneutralität bei Internetzugängen gesetzlich verankern und eine gleichgerichtete europäische Initiative ergreifen
- Aktionsprogramm von Bund und Ländern zum flächendeckenden Ausbau der DSL-Versorgung im ländlichen Raum; zum schnelleren Ausbau der Breitbandnetze auch öffentlich-private Kooperationsformen stärker nutzen
- Gerätebezogene Rundfunkgebühr und GEZ abschaffen, haushaltsbezogene Gebühr einführen. Mittelfristig muss Werbung aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbannt werden
- Ausbau des Deutschen Filmförderfonds, um in Deutschland hochwertige Postproduktionen zu etablieren
- Gründung einer „Filmbank“ unter dem Dach der KfW, um nach dem Rückzug einiger Geschäftsbanken die Finanzierung von Filmen krisenunabhängig zu machen

- Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) mit dem Ziel, die zum Teil unter Vorbehalt eingezahlten Beiträge der Kinobetreiber verwenden zu können; bis dahin muss die Filmförderanstalt (FFA) durch eine staatliche Bürgschaft in die Lage versetzt werden, über die Beiträge frei verfügen zu können

Werte

Das christlich-jüdische Erbe mit dem Fokus auf unveräußerlichen Menschenrechten und dem Schutz von Ehe und Familie bildet die Basis unserer Gesellschaft. Ein Volk, das sich zunehmend von den eigenen Werten entfernt, ist nicht fähig, künftigen Herausforderungen zu begegnen. Der Schutz des Lebens in allen seinen Phasen und die Identität des Menschen als individueller Teil der europäischen Kulturgemeinschaft müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Daher fordern wir:

- Lebensschutz konsequent verwirklichen, vom Beginn des Lebens bis zu seinem Ende
- Strenge ethische Regeln bei der biomedizinischen Forschung
- Besonderer Schutz von Ehe und Familie: Förderung der Familiengründung durch Erweiterung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting, Erhöhung des Kinderfreibetrages auf das Niveau des Grundfreibetrages (8.004 Euro), Einführung eines Betreuungsgeldes und Schaffung einer Familienkasse zur Vereinfachung des Bezugs familienbezogener Leistungen
- Förderung junger Familien durch mittelfristig kostenlose Kinderbetreuungsmöglichkeiten zunächst im letzten Kindergartenjahr, Einführung eines Baukindergeldes und der Wohneigentumsförderung
- Abschaffung der Gender-Mainstreaming-Politik in der Bundesregierung
- Identität Europas sichern, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stoppen; die Bundesregierung darf der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel nicht zustimmen und muss die EU-Kommission auffordern, den Beitrittsprozess der Türkei auszusetzen